



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 297-2025
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.1469

Eingereicht am: 24.11.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Widmer (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE)
Grosjean (Bern, GLP)
Fisli (Meikirch, SP)
Saïd (Biel/Bienne, SP)
Heyer (Perrefitte, FDP)
Jeanneret (St-Imier, FDP)
Pauli (Nidau, FDP)
Esseiva (Bern, FDP)
von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)
Gerber (Reconvilier, EVP)
Daphinoff (Bern, Die Mitte)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 27.11.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Förderung der Französischkompetenzen und Stärkung des Sprachaustauschs

Dem Regierungsrat wird folgender Prüfungsauftrag erteilt:

1. Im Kanton Bern werden der zweisprachige, der bilinguale und der immersive Unterricht gefördert und ausgebaut. Bis 2030 nehmen mindestens 10 Klassen (zusätzlich zu den bestehenden FiBi-Klassen) unterschiedlicher Schulen und Zyklen teil. Mindestens zwei Schulen in unterschiedlichen Verwaltungskreisen verfügen über ein Konzept für zweisprachigen, immersiven oder bilingualen Unterricht in den Zyklen 1 und 2. Dabei werden sie durch die BKD, die PH und weitere mögliche Partner (z. B. HEP BEJUNE, NMS usw.) begleitet.
2. Der Kanton schafft Anreize für Schulen, sich zu beteiligen.
3. Der Kanton schafft Anreize, damit mehr Lehrpersonen die geforderten Sprachniveaus erreichen.
4. Es bestehen Schulpartnerschaften zwischen deutsch- und französischsprachigen Berner Schulen und zwischen Berner Schulen der jeweils anderen Landessprache mit Schulen aus der Schweiz.
5. Mindestens fünf Berner Schulen sind bis 2030 eine Schulpartnerschaft mit einer anderssprachigen Schule eingegangen.

Begründung:

Der Kanton Bern ist offiziell zweisprachig, doch diese Zweisprachigkeit wird im Bildungsbereich noch zu wenig gelebt. Andere deutschsprachig einsprachige Kantone stärken Französisch, wie beispielsweise das Solothurner Programm «SOprima.» Obwohl das Volksschulgesetz (Art. 9a VSG) und der Lehrplan 21 BE den Sachfachunterricht in einer anderen Landessprache ausdrücklich zulassen und pädagogisch fördern, fehlen bis heute flächendeckende Strukturen für zweisprachigen Unterricht. Das Postulat will diese Lücke schliessen und die bestehenden gesetzlichen und fachlichen Grundlagen aktiv umsetzen.

Immersiver Unterricht – das Lernen von Fachinhalten in einer Zielsprache – ist laut Lehrplan 21 BE die konsequente Weiterführung des handlungsorientierten Fremdsprachenunterrichts. Forschung und Praxis zeigen, dass Immersion zu besseren Sprachkompetenzen, höherer Motivation und kognitiven Vorteilen führt, ohne dass die fachlichen Leistungen leiden. Kinder lernen Französisch bzw. Deutsch natürlich, vernetzt und mit Freude. Damit schafft der Kanton Bern ein zukunftsgerichtetes Modell für mehrsprachige Bildung und nutzt seine besondere Stellung als zweisprachigen Brückenkanton optimal.

Als Bindeglied zwischen Deutsch- und Westschweiz trägt Bern eine besondere Verantwortung, die Zweisprachigkeit aktiv zu fördern. Frühzeitiger, intensiver Kontakt mit der zweiten Kantonsprache stärkt gegenseitiges Verständnis und den nationalen Zusammenhalt. In einer Zeit, in der andere Kantone den Frühfranzösischunterricht reduzieren oder Französisch als Zielsprachenunterricht in Frage stellen, kann Bern ein positives Signal setzen, seine Rolle als Brücke zwischen den Sprachregionen bekräftigen und den Zielsprachenunterricht weiterentwickeln. Französischkenntnisse bzw. Deutschkenntnisse sind zudem ein klarer Standortvorteil – in der Verwaltung, im Tourismus, in Bundesinstitutionen und in der Wirtschaft. Mehr zweisprachig gebildete Jugendliche bedeuten mehr Fachkräfte, die den zweisprachigen Arbeitsmarkt bedienen können. Zweisprachiger Unterricht ist somit nicht nur bildungspolitisch, sondern auch gesellschaftlich und wirtschaftlich sinnvoll.

Erfolgreiche Modelle wie die Filière Bilingue Biel/Bienne zeigen, dass bilingualer und/oder immersiver Unterricht im Regelbetrieb funktioniert. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Gleichzeitig sind die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen vorhanden: Das Volksschulgesetz erlaubt Unterricht in der anderen Landessprache, wenn Lehrpersonen qualifiziert sind. Die Bildungsdirektion hat mit dem Merkblatt «Immersionsunterricht mit Lehrplan 21» Rahmenbedingungen definiert, inklusive finanzieller Unterstützung. Auch Weiterbildungsangebote stehen bereit. Die Umsetzung ist somit rechtlich, organisatorisch und fachlich machbar.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil sind Schulpartnerschaften zwischen deutsch- und französischsprachigen Schulen im Kanton und in der Romandie. Sie fördern den aktiven Sprachgebrauch, schaffen reale Begegnungen und stärken das Verständnis füreinander. Damit wird Zweisprachigkeit konkret gelebt und zum verbindenden Element des Kantons.

Das alles wird ohne Förderung und gezielte Anreize durch den Kanton kaum möglich sein. Deshalb soll geprüft werden, wie der Kanton für Schulen Anreize schaffen kann, um Schulen zu ermutigen und zu unterstützen, in zweisprachigen Unterricht zu investieren (z. B. finanzielle Unterstützung, Zeitgefässe, Weiterbildung).

Gleichzeitig soll der Kanton prüfen, wie er Anreize schaffen kann, damit immer mehr Lehrpersonen die geforderten Sprachniveaus erreichen und damit die Qualität des (Fremd-)Sprachenunterrichts gesteigert werden kann.

Bilingualer und immersiver Unterricht und gezielte Schulpartnerschaften setzen die Zweisprachigkeit des Kantons Bern konkret um – pädagogisch wirksam, gesellschaftlich verbindend und

wirtschaftlich vorausschauend. Das Postulat fordert deshalb, dass der Kanton Bern prüft, die bestehenden Grundlagen zu nutzen und bis 2030 mindestens zehn zweisprachige Klassen sowie fünf Schulpartnerschaften zu etablieren. Damit wird ein starkes Zeichen für gelebte Mehrsprachigkeit und die Zukunft des zweisprachigen Kantons Bern gesetzt.

Begriffsklärung:

Im zweisprachigen Unterricht sind beide Sprachen gleich wichtig und werden abwechselnd oder parallel in allen Bereichen verwendet.

Im bilingualen Unterricht werden einige Fächer in der Zielsprache, andere in der Erstsprache unterrichtet.

Im immersiven Unterricht lernen die Schülerinnen und Schüler, weil die Lehrperson fast nur die Zielsprache spricht – sie tauchen ganz in die Sprache ein. Das Postulat lässt die Form des zweisprachigen Unterrichts in den Klassen bewusst offen.

Begründung der Dringlichkeit: Der Französischunterricht steht in der ganzen Deutschschweiz politisch unter Druck. Der Kanton Bern als grösster zweisprachiger Kanton hat eine Vorbild- und Vorreiterfunktion. Es ist dringend, dass der Kanton ein Zeichen für die Zweisprachigkeit, den Fremdsprachenunterricht und den immersiven Unterricht setzt. Dieses Zeichen duldet mit Blick in die Deutschschweizer Kantone keinen Aufschub.

Verteiler

– Grosser Rat